



DIE HÄSSLICHE SEITE DES WAHLKAMPFS Alex Hürzeler (SVP), Rainer Huber (CVP) und Doris Fischer-Taeschler (FDP) distanzieren sich klar von den Inserate-Fehlleistungen. SPI

Ein Wahlinserat mit Nachwirkungen

Regierungsratswahlen Urs Haeny (FDP) und Andreas Glarner (SVP) wirkten tatkräftig mit

Das Kinderränen-Inserat des Elternkomitees «Keiner wählt Rainer» hat seinen Ursprung in prominenten FDP- und SVP-Kreisen. Und sorgt bis in den Regierungsrat für Unverständnis. Er lancierte deshalb einen «Aufruf zur Sachlichkeit».

BALZ BRUDER

Wer hinter dem ominösen Elternkomitee steckt, ist zwar weiterhin ein Geheimnis. Dafür ist rund um die Inserate des Komitees «Keiner wählt Rainer» zwischenzeitlich vieles klar. Und das ist entscheidend: Kein Geringer als FDP-Grossrat Urs Haeny (Oberwil-Lieli) hat die Inserate im Auftrag des Komitees lanciert. Und über keinen Geringen-

ren als SVP-Fraktionschef Andreas Glarner (Oberwil-Lieli) bzw. über dessen Firma Consira AG wurden die Inserate aufgegeben.

«Nicht das Gelbe vom Ei»

Dies bestätigten Haeny und Glarner gestern Nachmittag der MZ gegenüber. Wobei sich insbesondere Haeny einigermaßen zerknirscht zeigte über die Folgen, welche die Inserate gezeigt haben. «Ich habe falsch eingeschätzt, welche Wirkung das Inserat mit den tränenden Kinderaugen haben wird», sagte er auf Anfrage. «Die Aktion war sicher nicht das Gelbe vom Ei und ich würde so etwas nicht noch einmal machen.» Auch wenn sich Haeny nicht formell entschuldigte: «Ich äussere mein Bedauern darüber, dass sich Leute

durch das Inserat verletzt fühlen», sagte er am Abend.

Distanz bei Hürzeler-Komitee

Aufschlussreich: Noch bevor die Urheberschaft des Inserats geklärt war, distanzierte sich das Wahlkomitee von Alex Hürzeler von der Aktion. «Wer auch immer Auftraggeber dieses Anti-Rainer-Huber-Inserats war – wir distanzierten uns aufs Äußerste davon», hiess es noch vor der Mittagsstunde. Umso grösser die Überraschung, als wenig später die Namen Haeny und Glarner ins Spiel kamen. Danach gab es kein Halten mehr: Nach der Mittagsstunde wurde die Regierung tätig. Wörtlich liess sie sich so vernehmen: «Dass ein Regierungsratswahlkampf eine inhaltliche wie auch emotionale

Auseinandersetzung um politische Positionen und um Personen ist, gehört zur Aargauer Politikultur. Dass aber mit bezahlten Inseraten nicht zu rechtfertigende Stimmungsmache gegen Kandidierende betrieben wird, trägt nicht zur vertieften demokratischen Meinungsbildung der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger bei», war in der einzigartig anmutenden, bisher jedenfalls nicht da gewesenen Mitteilung aus dem Regierungsbüro zu lesen.

Demokratie nicht beschädigen

Und weiter: «Der Regierungsrat distanziert sich in aller Form von den Kampagnen so genannter anonymer Komitees und verurteilt auch die hältlosen, diffamierenden Vorwürfe gegenüber dem amtierenden Bildungsdirектор.» Dabei nahm die Regierung nicht nur das Inserat des

zur Sachlichkeit auf – auch in der letzten Woche vor dem zweiten Wahlgang. Wie Landammann Peter C. Beyeler der MZ gegenüber betonte, gehe es der Regierung nicht um eine Stellungnahme für ihr wiederkandidierendes Mitglied Rainer Huber, sondern um ein Fairness-Signal für diesen und weitere Wahlkämpfe, auf dass die Demokratie bei allem Einsatz nicht beschädigt werde.

SVP und FDP hinter Botschaft

Eine Botschaft, die bei den involvierten Parteien SVP und FDP ankam. Beide Parteien unterstützten den Aufruf der Regierung. «Die SVP ist bekannt für plakative und emotionale Wahl- und Abstimmungskämpfe. Dabei tritt sie aber immer offen, transparent und sachlich auf», sagte Parteisekretär Pascal Furer. Auch während des Regierungsratswahlkampfs habe sich die SVP «auf ihre Kandidaten und Themen konzentriert, einen fairen und transparenten Wahlkampf geführt und persönliche Angriffe unterlassen» – und wollte dies auch weiterhin so halten, betonte Furer. Von einer «nicht nachvollziehbaren Entgleisung» sprach FDP-Fraktionschef Daniel Heller. Er könnte nicht verstehen, dass zum heutigen Zeitpunkt mit solchen Emotionen Stimmung gemacht wird, führte er aus. Wobei sich beide Parteien durchaus bewusst waren, dass die Aktion, die ihren Ursprung in den eigenen Reihen hatte, den eigenen Kandidaturen alles andere als nützlich gewesen sein dürfte.

Hürzeler-Komitee wehrt sich

Die Tatsache, dass sich verschiedene Wirtschaftsvertreter in einem Brief an die Präsidenten der **Aargauischen Industrie- und Handelskammer sowie des Aargauischen Gewerbeverbands** gewendet haben, um gegen die Wahlempfehlung für **SVP-Kandidat Alex Hürzeler** zu protestieren, hat dessen Wahlkomitee auf den Plan gerufen. **Wahlleiter Mario Hüsler** erinnert daran, die Beschlüsse der Vorstände von AIHK und AGV seien **demokratisch zustande gekommen**. Zudem habe sich Kandidat Hürzeler die Unterstützung der Wirtschaftsverbände «vor allem auch **aufgrund seines grossen Leistungsausweises um die KMU-Politik** erarbeitet». Als Beispiele führt Hüsler die **Revision des Steuergesetzes**, die fiskalische Entlastung des Mittelstands, die administrative Entlastung von Unternehmen und Privat-

personen sowie das **Standortförderungsgebot** an. Ganz abgesehen davon hätten auch weitere Berufsverbände wie zum Beispiel **Gastro Aargau eine Wahlempfehlung** für die Kandidatur Hürzeler beschlossen. Und verweist zudem auf die Wirtschaftsvertreter, die dem **Komitee Hürzeler** angehören: Die Palette reicht von Transportunternehmer **Hans-Jörg Bertschi** und Ex-Grossratspräsident **Hans Bürge** über Bauunternehmer **Ernst Frey** und Ex-Apothekerpräsident **Urs Hummel** bis zum Industriellen **Otto H. Suhner**. Hüsler sagt denn auch: «Die unterlegenen Mitglieder aus dem Komitee Huber sollten diese klaren Mehrheitsentscheide von Gewerbe und Wirtschaft **demokratisch akzeptieren** – so, wie auch den Wahlgang, wie er auch immer ausfallen wird, von allen zu akzeptieren ist.» (BBR)

2. Wahlgang Regierungsrat

8. Feb.

Elternkomitees «Keiner wählt Rainer» ins Visier, sondern auch eine «Leserbrief-Anzeige» von Bruno Bertschi im «Wohler Anzeiger» vom vergangenen Freitag, in welcher der Ex-SVP-Grossrat Rainer Huber unter der Gürteilinie angriff. Quintessenz für die Aargauer Exekutive: «Der Regierungsrat ruft daher das Umfeld der Kandidierenden sowie alle politischen Gruppierungen und Interessenorganisationen